

„Strategiepläne sind nicht genug“ – Herausforderungen für die städtische „Governance“ am Beispiel Wien¹⁶²

Alexander HAMEDINGER

Mag. Dr. Alexander Hamedinger,

TU Wien, Department für Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung, Fachbereich Soziologie

1 EINFÜHRUNG

Seit den 1990er Jahren erfreuen sich Strategiepläne auf der Ebene von Stadtregionen in Westeuropa wieder größerer Beliebtheit. In der Literatur (A. Faludi/W. Salet 2000; P. Healey et al. 1997) wird davon ausgegangen, dass gravierende Umstrukturierungen der städtischen Wirtschaft und Prozesse der Globalisierung sowie der Europäischen Integration zentrale Herausforderungen sind, denen sich die Stadt- und Regionalplanung auf strategischer Ebene stellen muss. Zunehmende fiskalische Engpässe, das Weiterbestehen und die Zunahme von Umweltproblemen, eine stärkere Ausdifferenzierung der Lebensweisen sowie die Zunahme sozial-räumlicher Polarisierungen werden als weitere Gründe für das Aufkommen einer strategieorientierten Stadtplanung angeführt.

Im planungstheoretischen Diskurs (vgl. U. Altröck 2004; S. Campbell/S. Fainstein 1996; A. Faludi/W. Salet 2000), steht die strategieorientierte Planung im Zusammenhang mit der Abkehr von rational-wissenschaftlichen und zumeist zentralistisch sowie hierarchisch erzeugten Planungsmodellen. Vor allem angesichts der Veränderung von Akteurskonstellationen und der Pluralisierung sowie Diversifizierung von Akteursinteressen wird die Frage nach der Legitimität und Effektivität von Planung erneut thematisiert. In den Vordergrund rückt daher weniger das exakte Ziel, sondern der „Prozess“ der Entwicklung und Umsetzung strategieorientierter Pläne, in welchem die unterschiedlichen Interessen und Wünsche städtischer AkteurInnen zusammengebracht werden. Der Prozess, bei dem der Kreis der AkteurInnen ausgeweitet wird, wird letztendlich zum entscheidenden Faktor im Hinblick auf die Legitimität sowie die Qualität der praktischen Umsetzung der Pläne. Strategieorientierte Planung ist ein weitgehend offener, reflexiver sozialer Prozess; die strategieorientierten Pläne werden als Kommunikations- und Motivationsinstrumente gesehen.

Planung wird in dieser Sichtweise als kontextgebundenes, an bestehende politische Strukturen, an Akteurskonstellationen und deren Verhandlungsstrukturen gebundenes Unterfangen charakterisiert. Die zugrunde liegenden Annahmen dieses planungstheoretischen Zuganges sind u.a. einer soziologischen Theorie der Institutionen entnommen, in welcher – verkürzt gesagt – Institutionen als Muster sozialer Regulierungen angesehen werden (J.G. March & J.P. Olsen 1989).

In der institutionalistischen Perspektive ist der Prozess der Entwicklung, Entscheidungsfindung und Umsetzung strategieorientierter Planung ein entscheidender Qualitätsfaktor. Dadurch geraten das jeweilige politisch-administrative System mit seinen Organisations- und Entscheidungsstrukturen, den Wertorientierungen der relevanten AkteurInnen sowie den Akteurskonstellationen in den Mittelpunkt des Interesses.

„... A strategy or a plan by itself does not much to coordinate. It is the social process of articulating and using it that achieve this. These involve organizational coordination as much as analytical and conceptual coordination“ (Healey 1997 et al.: 11).

Strategieorientierte Planung stellt eine Herausforderung für politisch-administrativen Systeme dar, da zumeist horizontale Kooperationen und Arbeitszusammenhänge innerhalb des traditionell hierarchisch und vertikal gegliederten Verwaltungsapparates, in zunehmenden Maße Kooperationen mit privaten AkteurInnen aus der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft sowie die Integration unterschiedlicher politischer Felder angestrebt werden. Strategieorientierte Planung steht damit im Kontext des vielfach erwähnten Übergangs vom „Government“ zum „Governance“, wobei sich inzwischen in vielen Städten aufgrund von unterschiedlichen historisch gewachsenen politischen Strukturen und Kulturen verschiedene Erscheinungs- und Übergangsformen von „urban governance“ herausgebildet haben.

Vor dem Hintergrund eines institutionalistischen, planungstheoretischen Zuganges werden in diesem Beitrag die folgenden Punkte diskutiert:

¹⁶² Erscheint ausführlicher in: Hamedinger, Alexander; Dangschat, Jens. S; Frey, Oliver & Breitfuss, Andrea (Hrsg.) 2007: Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft

1. In welcher Form und mit welchen Inhalten wurde strategieorientierte Planung in Wien durchgeführt?
2. Inwiefern ist strategieorientierte Planung im Zusammenhang mit einem Übergang vom „Government“ zum „Governance“ in Wien zu sehen?
3. Welchen Stellenwert hat strategieorientierte Planung in der Steuerung städtischer Entwicklung in Wien?

2 DER THEORETISCHE UND METHODISCHE ANSATZ

2.1 Governance in der Stadt- und Regionalplanung:

Raumplanung und strategieorientierte Planung sind in unterschiedliche Kontexte von Governance eingebettet. Vor allem die strategieorientierte Planung ist auf Kooperationen und Verhandlungen zwischen einer Vielzahl von AkteurInnen und Institutionen angewiesen, um an Legitimität und Durchsetzungskraft zu gewinnen, weil im Implementationskontext zumeist weder auf rechtliche Sanktionsmöglichkeiten noch auf zusätzliche finanzielle Ressourcen zurückgegriffen werden kann.

Über „Governance“ wurde erstmals in der wirtschaftswissenschaftlichen Theoriebildung (z.B. in der Institutionenökonomie) gesprochen. In diesem Kontext wurde vor allem danach gefragt, wie ökonomische Transaktionen am effizientesten organisiert und koordiniert werden können (vgl. Le Galès 2002). Die Bildung von Regelsystemen, die Koordinierung und Steuerung unterstützen, stand dabei u.a. im Mittelpunkt des Interesses. Auf einer allgemeinen Ebene bezeichnet „Governance“ zumeist eine Gesamtheit von Prozessen, Strukturen, Regeln, Normen und Werten, durch welche kollektive Aktivitäten gesteuert und koordiniert werden sollen. Dabei können unterschiedliche Regelsysteme zur Anwendung kommen (z.B. Markt, Hierarchie), die das Steuern und Koordinieren erleichtern sollen“ (Hamedinger 2006: 12).

Eine andere Interpretation von Governance wurde im Zusammenhang mit der These des Übergangs vom „Government“ zum „Governance“ formuliert. Dabei wird hervorgehoben, wie sich städtische Steuerungsformen seit den 1970er Jahren verändert haben. „Es wird davon ausgegangen, dass sich die Grenzen zwischen zentralen Institutionen (Staat, Markt und Gesellschaft) zusehends auflösen, und dass eine Mischung von unterschiedlichen Regelsystemen (Markt, Hierarchie, Verhandlungsregel etc.) zu Steuerungszwecken Anwendung findet („Mix of Politics“) (vgl. Hamedinger 2006: 12). Ebenso verweist Benz (2004: 25) auf dieses Spezifikum des „Grenzüberschreitens“, welches die Idee des Governance treffend beschreibt: „Prozesse des Steuerns bzw. des Koordinierens sowie Interaktionsmuster, die der Governance-Begriff erfassen will, überschreiten in aller Regel Organisationsgrenzen, insbesondere aber auch die Grenzen von Staat und Gesellschaft, die in der politischen Praxis fließend geworden sind. Politik in diesem Sinne findet normalerweise im Zusammenwirken staatlicher und nicht-staatlicher AkteurInnen (oder von AkteurInnen innerhalb und außerhalb von Organisationen) statt“. „Governance“ unterscheidet sich dadurch von „Government“, dass mehr und vielfältigere AkteurInnen und Institutionen in die politische Entscheidungsfindung miteinbezogen werden, dass umfassendere Kooperationen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen AkteurInnen (z.B. public-private partnerships) für Steuerungszwecke eingerichtet werden, und dass sich das Staatsverständnis grundlegend wandelt, indem mehr vom „unternehmerischen“, effizient arbeitenden, modernisierten und „kooperativen“ als vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat gesprochen wird (vgl. Voigt 1995, Heinelt & Mayer 1997, Grunow & Wollmann 1998). Zentrale Elemente von Governance sind:

- die Bildung von neuen formellen und informellen Netzwerken, Koalitionen und Partnerschaften zwischen unterschiedlichen AkteurInnen und Institutionen aus der privaten und öffentlichen Sphäre (z.B. public-private partnerships)
- die Öffnung der politisch-administrativen Systeme für die Interessen und Meinungen von BürgerInnen in der Entwicklung, Planung, Entscheidungsfindung und Umsetzung von politischen Programmen und Projekten und damit eine Erhöhung der Anzahl von AkteurInnen in der politischen Entscheidungsfindung (Partizipationsverfahren)
- die Re-organisation bzw. Modernisierung der Verwaltungsapparate
- die Aufteilung und Delegation von politischen Aufgaben an unterschiedliche staatliche und nicht-staatliche AkteurInnen sowie Institutionen (z.B. durch Dezentralisierungsmaßnahmen)

- eine Veränderung der Rolle des Staates in der Steuerung gesellschaftlicher und räumlicher Entwicklung, weg vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat hin zum angebotsorientierten und rahmen-schaffenden kooperativen Staat
- die Lösung von politischen Konflikten und Problemen durch Verhandlungen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen AkteurInnen, in welchen nicht nur eine Instanz Entscheidungen trifft, sondern das Ziel der Einigung und der Konsensfindung zwischen den Beteiligten im Mittelpunkt steht.
- Entscheidungsfindung nicht nur aufgrund formeller Regelungen (z.B. Gesetze), sondern auch durch informelle Regelungen in verschiedenen Verhandlungsfora (vgl. (Pierre 2000, Stoker 2000, Benz 2004).

Im Folgenden wird die spezifische Erscheinungsform von Governance in Wien im Zusammenhang mit der Entwicklung und der inhaltlichen Ausrichtung des Strategieplans 2004 analysiert. Der methodische Zugang für die Analyse des Strategieplans bildet die „kritische Diskursanalyse“. Die oben genannten Governance-Elemente dienen als Rahmen zum besseren Verständnis und zur Einordnung der Wiener Form von Governance im europäischen Kontext.

2.2 Kritische Diskursanalyse

Diskurse werden in der Tradition einer kritischen Diskursanalyse von Michel Foucault als soziale Praktiken angesehen, die einerseits soziale Realitäten produzieren, und andererseits selber von diesen Realitäten bestimmt werden.

„Dabei besteht eine dialektische Beziehung zwischen Diskursen und der ihren Kontext bildenden Sozialstruktur: beide wirken wechselseitig als Bedingungen und Effekte. Diskurse konstituieren Welt, und sie werden umgekehrt durch sie konstituiert; sie (re-)produzieren und transformieren Gesellschaft; sie leisten die Konstruktion sozialer Identitäten, die Herstellung sozialer Beziehungen zwischen Personen und die Konstruktion von Wissens- und Glaubenssystemen“ (R. Keller 2004: 28).

Diskurse umfassen eine Vielzahl von Aussagen, Themen und „Diskurssträngen“, die etwa in Form von Texten Ausgangspunkte für eine Diskursanalyse sein können. Auf dieser Basis sind die Interessens-Positionen zu analysieren. Texte, wie eben Strategiepläne oder Stadtentwicklungspläne, sind Teil einer diskursiven Praxis, die in einen gesellschaftlichen und institutionellen Kontext eingebettet ist, und die ein bestimmtes Thema ansprechen. Im Rahmen einer solchen diskursanalytischen Zugangsweise wird danach gefragt,

In der Analyse des Strategieplanes wird daher das Augenmerk auf folgende Zusammenhänge gelenkt:

- In den Texten werden bestimmte Wahrnehmungen und Sichtweisen von städtischen Problemen und Herausforderungen sowie bestimmte Lösungsstrategien deutlich gemacht, die dazu dienen sollen, gemeinsame Anstrengungen einer Vielzahl von AkteurInnen anzuleiten. Im Text erfolgt eine spezifische Konstruktion und Interpretation von Realität, eine spezifische Darstellung von Wissen über die Entwicklung der Stadt und damit eine Produktion von „Sinn“, auf welchen sich die Aktivitäten der AkteurInnen beziehen sollen. Damit dient der Text und das in ihm vorfindbare Wissen der Regulation der Interaktionen zwischen den beteiligten Personen und gesellschaftlichen Gruppen.
- In diesen Sichtweisen und Interpretationen von Realität drückt sich ein Machtanspruch bestimmter hegemonialer gesellschaftlicher Gruppierungen aus, denn „Diskurse sind parteiisch und auf spezifische soziale Positionen bezogen“ (N. Fairclough 2001: 342). Damit wird der Zusammenhang zwischen der Produktion von Diskursen zur wiederum Reproduktion von Machtverhältnissen, die die städtische Gesellschaft strukturieren, angesprochen. Die Darstellung der Aussagen im Text als objektive, zumeist auf der Basis von ExpertInnen-Wissen erarbeitete Wahrheiten dient der Regulation von Konflikten, die sich aus unterschiedlichen Interpretationen und Sichtweisen über die zukünftige Entwicklung der Stadt entwickeln könnten. Diese Unterschiede sind Folge der Artikulation der Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen, die wiederum bezüglich ihrer Ausstattung mit Machtressourcen, mit ökonomischen, sozialem und symbolischem Kapital Differenzierungen aufweisen. Die Herstellung einer „gemeinsamen“ Realität dient der Einbindung dieser sozialstrukturell differenzierten gesellschaftlichen Gruppierungen und damit der Verdrängung von Konflikten im Sinne der Durchsetzung hegemonialer Ansprüche. Wie Konflikte im Text angesprochen, welche Widersprüche im Text deutlich sowie welche Aussagen ausgeklammert werden, sagt über die „Machtwirkungen“ des Diskurses sehr viel aus.

- In der Tradition einer Foucaultschen Diskurstheorie steht auch die Frage nach dem „Regelsystem“, das der Produktion eines Textes zugrunde liegt. Regelsysteme sind an institutionelle Strukturen und an Formen der Interaktion (kooperativ, netzwerkartig, hierarchisch etc.) zwischen AkteurInnen gebunden. Die Einbettung eines Textes in vorhandene Governance-Strukturen, in historisch entwickelte politische Kulturen und Sichtweisen auf Institutionen/AkteurInnen spielt für die konkrete Form des Regelsystems eine zentrale Rolle. Das, was im Diskurs erscheint, ist abhängig von den „institutionellen Logiken“ sowie von den Logiken der Formen der Interaktion, die aufgrund ihrer internen Strukturen, Prozesse und Akteurskonstellationen bestimmte „Wahrheiten“ erscheinen lassen. Im Kern wird also der Blick auf die Rolle der AkteurInnen und der Institutionen in der Produktion eines Textes gelenkt. Relevante Fragen dazu sind: welche AkteurInnen und Institutionen wurden in welcher Form in die Entstehung des Textes eingebunden, wie wurde mit den unterschiedlichen Sichtweisen im Prozess der Entstehung umgegangen, wer wird im Text als zentrale AkteurInnen oder Institutionen für die Umsetzung angeführt?

Damit wird deutlich, dass es eben nicht das Ziel der Analyse ist, „falsche“ bzw. „wahre“ inhaltliche Aussagen herauszuarbeiten oder Wahrheiten herzustellen, die aus einer bestimmten Sichtweise als legitim erscheinen. Vielmehr werden die Texte als Teile eines Diskurses über die zukünftige Entwicklung der Stadt Wien angesehen, welcher eine bestimmte gemeinsame Sichtweise auf die Stadt Wien herstellen, institutionelle Praktiken verändern, Kooperationen zwischen unterschiedlichen AkteurInnen herstellen und das Selbstverständnis aller involvierten AkteurInnen mitformen sollen.

Aus diesen diskurstheoretischen Grundüberlegungen ergeben sich konkrete Fragestellungen, die die Analyse der Texte des Strategieplans 2004 anleiten:

1. Welche Probleme der gegenwärtigen und zukünftigen Stadtentwicklung werden angesprochen? Welche Probleme werden ausgespart? Welche Strategien zur Lösung dieser Probleme werden vorgeschlagen?
2. Welche Gründe für die Entwicklung dieser strategischen Pläne sowie der darin enthaltenen Strategien werden erwähnt (Frage nach den „driving forces“), handelt es sich mehr um exogene oder um endogene Begründungszusammenhänge?
3. Welche AkteurInnen und Institutionen wurden in den Entstehungsprozess des Textes in welcher Form eingebunden? Welchen Einfluss hatten diese AkteurInnen auf die inhaltliche Ausrichtung der Strategiepläne? Welche Rolle spielen diese AkteurInnen bei der Umsetzung des Planes?
4. Wie wurde mit auftretenden Konflikten, die sich aus unterschiedlichen Sichtweisen und Interpretationen ergeben, im Prozess der Entstehung der Pläne umgegangen? Werden in den Texten selbst Widersprüche und Konflikte deutlich gemacht, oder werden solche übergangen?
5. Welche Formen von governance werden für die Umsetzung der Strategien vorgeschlagen? Werden institutionelle Neuerungen vorgeschlagen? (Kooperationen, Partnerschaften, etc.?) Welche Rolle spielt das klassische „government“, welches Bild über die zukünftige Rolle des Staates und damit über die Form von Staatlichkeit wird vermittelt?
6. Welchen Stellenwert haben diese Pläne in der Stadtpolitik? Handelt es sich nur um ein „nachahmendes“ planerisches Ritual oder entfalten die Strategiepläne eine eigene Steuerungskraft? Welcher Weg der Modernisierung wird deutlich gemacht?

3 DER WIENER KONTEXT: EINE KURZE BESCHREIBUNG DER „URBAN GOVERNANCE“

Historisch betrachtet sind die politische Kultur Wiens, die städtebaulichen und raumplanerischen Programme sowie die Struktur des politisch-administrativen Systems stark durch sozialdemokratische Elemente geprägt. Die Wiener Sozialdemokraten (früher: Sozialistische Partei) kontrollieren bis heute den lokalen Staat und setzten lange Zeit auf eine austrokeynesianische Wohlfahrtspolitik (etwa im Bereich der Wohnbaus und der Daseinsvorsorge). Die politische Kultur ist durch klientelistische Beziehungen zwischen versorgendem Staat und der Bürgerschaft gekennzeichnet, durch ein Fehlen von Partizipationstraditionen, durch die Dominanz der Verwaltung, durch top-down-Entscheidungsstrukturen sowie durch eine Haltung der „Konfliktvermeidung“, die ihre Wurzeln in einer Politik der Einbindung und der Kooptierung potentiell widerständiger Gruppen der Zivilgesellschaft hat. Nach einem Prozess der politischen De-Konzentration in den 1990er Jahren, welcher die dominante Position der Sozialdemokratie schwächte (und zu einer Koalition

mit der ÖVP führte), konnte die SPÖ in den letzten zwei Gemeinderatswahlen (2001 und 2005) die absolute Mehrheit an Stimmen und Sitzen wieder zurückgewinnen.

Seit einigen Jahren gibt es Bestrebungen, dieses System des fordistischen „Government“ zu reformieren und zu modernisieren. Neben einigen Maßnahmen der Dezentralisierung in den 1980er und 1990er Jahren, welche den geringen Kompetenzbereich der Gemeindebezirke etwas erweiterte, der Ausgliederung von Organisationseinheiten (z.B. die Wiener Stadtwerke), der Gründung von stadteigenen Fonds (wie etwa der Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadtentwicklungsfonds, der Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds, Wiener Integrationsfonds und der Fonds Soziales Wien), sowie der De-Regulierung im Bereich der Wohnungspolitik sind hier vor allem Bemühungen zur Verwaltungsmodernisierung sowie – im Bereich der Stadtplanung – zur Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten für BürgerInnen zu nennen.

Die Verwaltungsmodernisierung wurde Ende der 1990er Jahre begonnen und hat das Ziel, aus dem Magistrat, einen modernen Dienstleistungskonzern zu machen. Über Anwendung eines Kontraktmanagements, das die Etablierung fixer Verträge für die Leistungserbringung einzelner Magistratsabteilungen vorsieht, soll ein Wandel in der Unternehmens- und Führungskultur eingeleitet werden. „Dabei sind die folgenden Schritte vorgesehen: Definition der Leistungen, Erfassen der Globalziele, Festlegen der KundInnen, Zuordnung der Arbeitszeit zu Produkten und KundInnen, Installation einer Kosten-Leistungsrechnung und Aufbau eines Controllings und Berichtswesens“ (A. Breitfuss et al. 2004: 80).

Die Förderung von Partizipationsmöglichkeiten an Planungsprozessen bezieht sich wiederum vor allem auf die Veränderung der Aufgabengebiete der Gebietsbetreuungen, die zentraler institutioneller Bestandteil der sanften Wiener Stadterneuerung sind, und auf die Durchführung von für Wiener Verhältnisse innovativen Beteiligungsverfahren im Rahmen der EU-Programme URBAN und Ziel-Gebiet 2 (etwa innerhalb von URBAN 1: Gründung eines Nachbarschaftsbeirates, innerhalb von Ziel 2: Implementation eines Grätzelmanagements). Damit wurden Akzente in Richtung eines partizipativen, bottom-up gesteuerten und integrativen Verständnis von Stadterneuerung gesetzt, die es in dieser Qualität in Wien bisher nicht gab.

Wie sich zeigen wird, spielen diese Elemente der städtischen Governance eine bedeutsame Rolle in Bezug auf die inhaltliche Ausrichtung und Entstehung des Strategieplanes.

4 DIE ANALYSE – DER STRATEGIEPLAN 2004

4.1 Entstehungsprozess, Begründungszusammenhänge, Akzentsetzung

Der Wiener Strategieplan 2004 hat den Untertitel „Strategieplan für ein erweitertes Europa“. Er baut auf dem ersten Wiener Strategieplane (MA 18 2000: „Qualität verpflichtet – Innovationen für Wien“) sowie auf Recherchen über Strategiepläne anderer europäischer Städte (beispielsweise Barcelona oder London), die etwa zeitgleich entstanden sind, auf. Daher basiert der neue Strategieplan auf einigen Grundannahmen seines Vorgänger-Planes, gleichzeitig gibt es allerdings auch einige inhaltliche Neuerungen und Akzentverschiebungen im Hinblick auf die zukünftige strategische Ausrichtung der Stadt Wien.

Der erste Strategieplan wurde vor allem auf Initiative des ÖVP-Planungs- und Zukunftsstadtrates der Stadt Wien und des SPÖ-Bürgermeisters entwickelt, während die Entstehung des zweiten Strategieplanes auf die Initiative des neuen SPÖ-Planungsstadtrates, ebenso des SPÖ-Bürgermeisters und der Gruppe Planung in der Magistratsdirektion der Stadt Wien zurückgeht. In den meisten offiziellen Interviews und Dokumenten wurde der integrative, ressortübergreifende und partizipative Charakter des ersten Planes hervorgehoben. Eine Öffnung des politisch-administrativen Systems gegenüber den Anregungen und Interessen unterschiedlicher staatlicher sowie nicht-staatlicher AkteurInnen erfolgte in diesem Plan durch die Offerierung von Beteiligungsmöglichkeiten bei der Planerstellung auf verschiedenen Ebenen:

- für Magistratsabteilungen, Geschäftsgruppen und Büros der Stadträte, vor allem im Rahmen von thematisch ausgerichteten, geschäftsübergreifenden, verwaltungsinternen Arbeitsgruppen, in denen Ziele, Maßnahmen und Leitvorstellungen formuliert wurden;
- für ExpertInnen aus der Wissenschaft im Rahmen einer eigenen Beratergruppe, deren Mitglieder teilweise an den Sitzungen der Arbeitsgruppen teilnahmen und in die Konzeption sowie Durchführung der „Wiener Stadtdialoge“ involviert waren;

- für Institutionen und AkteurInnen des korporatistischen Systems (Wirtschafts- und Arbeiterkammern) wiederum im Zusammenhang mit den Wiener Stadtdialogen sowie in informellen Konsultationen und Gesprächen mit Verwaltungsabteilungen (keine direkte Einbindung);
- für die Bevölkerung im Rahmen der „Wiener Stadtdialoge“, in denen ausgesuchte Themen des Strategieplanes in 10 Podiumsveranstaltungen („Stadtforen“) in jeweils unterschiedlichen Bezirken diskutiert wurden.

Die inhaltliche Steuerung lag in den Händen einer Lenkungsgruppe, die aus VertreterInnen aller Geschäftsgruppen sowie einer Kontaktperson zum Bürgermeister bestand. Die Koordinationsarbeit leistete primär die Gruppe Planung der Magistratsdirektion und das Büro der Koordinationsstelle, das aus den externen Büros „KDZ—Managementberatung- und WeiterbildungsGesmbH“ und „Zukunfts.Station.Wien“ gebildet wurde. Während die Koordinationsverantwortlichen primär für die konkrete Textproduktion und für die Moderation von Sitzungen verantwortlich waren, wurden in der Lenkungsgruppe Entscheidungen über inhaltliche Fragen und Vorschläge gefällt, die aus den Arbeitsgruppen kamen. Die Lenkungsgruppe hatte primär eine Kommunikationsfunktion in die gesamte politische Ebene hinein.

Nach drei Jahren endete dieser Prozess der Erstellung des ersten Strategieplanes durch seine Annahme in einer Regierungsklausur Anfang der Jahres 2000. Der erste Strategieplan unterlag keinem Gemeinderatsbeschluss und entfaltete keine formalen Wirkungen für die Arbeit der Magistratsabteilungen. Allerdings wurde von offizieller Seite darauf hingewiesen, dass eine hohe Identifikation mit den Inhalten des Strategieplanes und damit eine indirekte Bindungswirkung für das Verwaltungshandeln durch die Art und Weise des Zustandekommens des Planes erzeugt wurden.

Auch nach der Fertigstellung dieses ersten Wiener Strategieplanes blieb die Lenkungsgruppe installiert, um den Umsetzungsprozess zu beobachten. Das KDZ wurde wiederum damit beauftragt, diesen Prozess zu evaluieren. Nachdem in einem internen Bericht festgestellt wurde, dass es in einigen Themenfeldern beträchtliche Entwicklungen gegeben hat, wurde der definitive Beschluss gefasst, den „alten“ Plan zu aktualisieren.

Im Gegensatz zum Entstehungsprozess des ersten Strategieplanes wurde für die Erarbeitung des neuen Planes vor allem auf magistratsinternes Fachwissen zurückgegriffen, das von der Gruppe Planung federführend zusammengeführt wurde; ressortübergreifende Arbeitsgruppen wurden diesmal ebenso wenig installiert wie für die Öffentlichkeit zugängliche Stadtdialoge. Der Entwurf wurde nach dem verwaltungsinternen Entstehungsprozess im Frühjahr 2004 den verschiedenen politischen Parteien vorgestellt, die in der Stadtentwicklungskommission des Gemeinderates vertreten waren. Politische Stellungnahmen wurden über den Sommer eingearbeitet, sodass die Endfassung des Planes im Herbst noch einmal präsentiert werden konnte. Der Gemeinderatsbeschluss zum Strategieplan erfolgte schließlich im November 2004. Damit sollte signalisiert werden, dass der Strategieplan auf allen politischen Ebenen getragen wird, und dass er einen Rahmenplan für die zukünftige Entwicklung der Stadt darstellt, welcher sich in allen nach geordneten, ressortspezifischen Konzepten wieder finden muss. Der Strategieplan wird als Orientierungsrahmen für das Handeln aller AkteurInnen des politisch-administrativen Systems betrachtet.

Die Begründungszusammenhänge für die Initiierung der beiden Strategiepläne sind einerseits akteursbezogen und unterliegen dem Ziel der Durchsetzung von Interessen bestimmter Personen und deren Klientel, sowie andererseits strukturell bedingt, da sich ökonomische, soziale, räumliche und politische Strukturen (s. etwa der Einfluss der EU auf Stadtpolitik) verändert haben. Neben der Nachahmung anderer großer europäischer Städte gibt es einige inhaltliche Begründungen für die Entwicklung des ersten Strategieplanes:

„Nach den Veränderungen der geopolitischen Lage am Beginn der 90er Jahr für die Stadt Wien waren ab Mitte der 90er Jahre neuerliche Änderungen der Rahmenbedingungen erkennbar, die deutliche Auswirkungen auf die Entwicklung der Städte, auch auf Wien, hatten. Es waren dies die sprunghafte Entwicklung neuer Technologien, insbesondere im Telekommunikationsbereich, geänderte Anforderungen an die Verkehrs- und Standortpolitik durch die bevorstehende Erweiterung der Europäischen Union sowie die Veränderung der Lebensstile und Arbeitswelt“ (A. Klotz 2005: 85).

Die beiden Strategiepläne unterscheiden sich in ihren Akzentsetzungen, wie beispielsweise bezüglich der Themen Verwaltungsmodernisierung, Nachhaltigkeit, Diversitätspolitik, Europapolitik und regionale

Entwicklung, die im „neuen“ Strategieplan wesentlich stärker verankert sind. Parallel zur Überarbeitung der strategischen Richtung wurde das politisch-administrative System modernisiert, letztlich auch, um die Legitimation des Systems (wieder) zu erhöhen. Im Text wird die Veränderung des Verständnisses von Staatlichkeit im Sinne des Übergangs vom „Government“ zum „Governance“ in diesem Aspekt der Verwaltungsmodernisierung immer wieder deutlich gemacht:

„Der Magistrat der Stadt Wien definiert sich als großer Dienstleistungskonzern, dessen KundInnen die Menschen dieser Stadt sind. Die Verwaltungsmodernisierung ist daher ein permanenter Optimierungsprozess zur Anpassung von Organisations-, Entscheidungs- und Verfahrensstrukturen. Die Rahmenbedingungen unserer Zeit erfordern zunehmend Partnerschaften zwischen öffentlicher Verwaltung, dem privatwirtschaftlichen Sektor und den Bürgerinnen und Bürgern.... Wie die Verwaltungsmodernisierung ist auch der Strategieplan kein ‚fertiges Programm‘ im konventionellen Verständnis. Beide bedürfen einer permanenten Optimierung“ (Magistrat der Stadt

Im Strategieplan 2004 wurde die Verbindung zwischen Rahmen gebenden politischen Visionen bzw. Strategien und konkreten, umsetzungsbezogenen Projekten deutlich, welche die Funktion von „flagships“ oder „hot spots“ für die zukünftige Entwicklung der Stadt übernehmen. Den strategischen Projekten wird ein „Modellcharakter“ zugeschrieben; sie sollen als Innovationsmotoren dienen. Alle Strategiefelder werden sowohl einer Leitidee untergeordnet, als auch einem Handlungsprogramm mit strategischen Zielen, Umsetzungsüberlegungen und konkreten Projekten zugeordnet.

4.2 Die Wahl der Regelsysteme: AkteurInnen und Institutionen

Wie die Rekonstruktion der Entstehung des Strategieplanes 2004 gezeigt hat kamen im Gegensatz zu der des Strategieplanes 2000 primär verwaltungsinterne Regelsysteme, deren institutionelle Logiken und Interaktionsstrukturen zur Anwendung. Während im ersten Strategieplan zumindest der Versuch gemacht wurde, Interessen und Wünsche einer „breiten Öffentlichkeit“ einzuarbeiten (etwa im Rahmen der öffentlichen Veranstaltungen der „Stadtdialoge“, die allerdings lediglich von einer „qualifizierten Fachöffentlichkeit“ besucht wurden), ist der Entstehungsprozess des zweiten Strategieplanes eindeutig verwaltungsdominiert. Eine Erweiterung des Akteursspektrums über AkteurInnen aus dem administrativen System hinaus erfolgte lediglich durch die Berücksichtigung der Interessen der im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien im Rahmen der Stadtentwicklungskommission. Damit wird offensichtlich, dass der Entstehungsprozess des Strategieplanes 2004 mehr im Stile des „government“ als im Sinne von „governance“ abgewickelt wurde. Obwohl informelle Gespräche zwischen den Institutionen und AkteurInnen des lokalen Staates und den AkteurInnen/Institutionen aus der Privatwirtschaft sowie dem korporatistischen Umfeld immer wieder stattgefunden haben, konzentrierte sich die Beteiligung auf Institutionen und AkteurInnen des Staates sowie auf die Regulation von Konflikten im Rahmen der Möglichkeiten der repräsentativen Demokratie. Geringe finanzielle Spielräume sowie die zeitgleiche Erarbeitung des Stadtentwicklungsplanes 2005 haben zur effizienten und Kosten sparenden Nutzung von bestehendem magistratsinternem Fachwissen geführt.

Dennoch sind im Entstehungskontext beider Strategiepläne Elemente des Governance zu finden:

- die Kooperation zwischen den einzelnen Dienststellen und Geschäftsgruppen des Magistrats, (aber auch betreffend der Zusammensetzung der Arbeitsgruppen des ersten Strategieplanes),
- die Regulation von Konflikten über die Moderation von Sitzungen (der Arbeitsgruppen und der Lenkungsgruppe),
- die Einbettung des Entwicklungsprozesses in die laufende Verwaltungsmodernisierung und
- die Querschnittsorientierung in der Bearbeitung des Textes. Dies wird einleitend noch einmal unterstrichen: „Der Strategieplan für Wien beruht auf einem integrativen Ansatz“ (MA18 2004: 19).

Im Text wird der Strategieplan 2004 selbst als ein „weiches Steuerungsinstrument“ dargestellt, das ganz im Sinne des Ideals vom kooperativen Staat den Rahmen für das zukünftige Handeln aller städtischen AkteurInnen setzen soll. Dazu der Bürgermeister der Stadt Wien in seinem Vorwort:

„Der neue Strategieplan für Wien soll einen Rahmen für Dialog und Praxis aller gesellschaftlichen Gruppen bilden. Er ist eine Einladung zur kreativen Mitarbeit an der Entwicklung Wiens“ (MA18 2004: 7).

Von einem intervenierenden und regulierenden Staat wird im Text nicht gesprochen, vielmehr wird darauf verwiesen, dass die Umsetzung der einzelnen Ziele des Strategieplanes vor allem durch Kooperationen mit nicht-staatlichen AkteurInnen und Institutionen erfolgen sollte. Schließlich wurde im Text selbst und in Interviews die „Prozesshaftigkeit“ des Planes immer wieder betont. Es wurde davon gesprochen, dass der Strategieplan kein fertiges Produkt sei, sondern dass er offen für neue Entwicklungen und Anpassungen sein müsse:

„Wie die Verwaltungsmodernisierung ist auch der Strategieplan kein ‚fertiges Programm‘ im konventionellen Verständnis. Beide bedürfen einer permanenten Optimierung. Dies erfordert auch, gemeinsam mit den AkteurInnen der Stadt, die permanente und nachhaltige Weiterentwicklung der Kommunikations- und Kooperationskultur“ (MA18 2004: 9).

Im Strategiefeld, in dem es um die Positionierung Wiens im europäischen Städtewettbewerb geht, findet sich die „Governance-Rhetorik“ wieder, da von der Bildung regionaler sowie grenzüberschreitender Kooperationen zwischen Städten und Verwaltungen gesprochen wird. Im Text wird häufiger die Bildung von Partnerschaften (etwa zwischen der EU, den Nationalstaaten, den Regionen und Städten, vgl. MA18 2004: 25), Netzwerken (etwa für die Durchsetzung von städtischen Interessen in Brüssel über EUROCITIES, vgl. MA18 2004: 26) und Kooperationen (etwa im Rahmen von CENTROPE) thematisiert. Die angeführten bestehenden Projekte sind durchwegs Netzwerke („Urban Technology Network“, oder etwa „Local Governments Network of Central and Eastern European Countries“) oder Kooperationen (z.B. EdGate oder ÖkobusinessPlan Wien-Győr, INTERREG-Sekretariate in Wien, oder das Stadt-Umland-Management Wien). Andere Elemente von Governance, wie etwa die Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten für BürgerInnen werden in diesem Kontext ausgeblendet. Dies wäre vor allem in den Punkten 1.1.8 „Nachhaltige Stadtentwicklung“ sowie 1.1.4 „Vielfalt und Miteinander von Kulturen und Lebensweisen“ zu erwarten gewesen. Generell wird der Eindruck vermittelt, dass die AdressatInnen dieses Strategiefeldes vor allem aus den Verwaltungen, der Politik und der Privatwirtschaft kommen.

Weitere Hinweise auf die Absicht der Etablierung von Governance-Strukturen gibt es auch im zweiten analysierten Strategiefeld:

- In der Leitidee wird erwähnt, dass für die Sicherung und Weiterentwicklung der hohen Lebens- und Umweltqualität sowohl regulierende Kräfte des Staates als auch selbstregulierende Kräfte der Gesellschaft zum Einsatz kommen müssen. Dies entspricht einer Governance-Diktion, in welcher es um die Einbindung nicht-staatlicher AkteurInnen in die Erbringung öffentlicher Leistungen und um die Abgabe von ehemals staatlichen Aufgaben an nicht-staatliche Organisationen geht: „Dies stellt nicht nur neue Anforderungen an die öffentlichen Leistungen, sondern betrifft zunehmend auch den privaten Sektor. Diejenigen Strukturen innerhalb der Gesellschaft, die ein nachhaltiges Miteinander im Wirtschafts- und Lebensraum sicherstellen, müssen unterstützt und gestärkt werden“ (MA18 2004: 147).

- Die strategische Orientierung an der Verwaltungsmodernisierung wird zudem im Zusammenhang mit der Einrichtung der Diversitätspolitik hervorgehoben. Die Integrationsproblematik wird dabei als Managementproblem im Rahmen der Diversitätspolitik dargestellt, zu deren Unterstützung ganz in der Tradition des Government eine eigene Magistratsabteilung eingerichtet wurde.

- Passend dazu wird im Kapitel „Nachhaltige soziale Sicherheit“ Notwendigkeit zur Neustrukturierung der Gesundheits- und Sozialaufgaben der Stadt Wien betont. Die Zusammenführung von zwei Magistratsabteilungen ist ebenso im Sinne der Verwaltungsmodernisierung. Die strategische Regulierung dieses Bereiches soll allerdings in der Hand der Politik bleiben, während das operative Geschäft vermehrt von nicht-staatlichen „Kooperationspartnern“ durchgeführt werden soll.

- Schließlich ist auffällig, dass im Kapitel „Wohnbau, Wohnbauförderung und Wohnhaussanierung“, in welchem zentrale Aspekte der zukünftigen Stadtentwicklungspolitik angesprochen werden, bedeutsame strategische Ziele wie etwa die Förderung integrativen Wohnens oder die funktionale und soziale Durchmischung in einer unkritischen Art aufgelistet werden.

In diesem Kontext fehlen wiederum konkrete Hinweise auf Beteiligungsmöglichkeiten für BürgerInnen im Rahmen des Neubaus und der Revitalisierung von Stadtgebieten sowie auf die zunehmende Bedeutung des Konfliktmanagements und des Stadtteilmanagements.

Auf der diskursiven Ebene wird also der Eindruck erweckt, dass in Wien der Übergang vom Government zum Governance bereits stattfindet bzw. angestrebt wird. Die im Text offensichtlich gemachte Reformstrategie bezieht sich jedoch vor allem auf die interne Modernisierung der Verwaltung; die Einbindung von AkteurInnen aus anderen politisch-administrativen Systemen, der Privatwirtschaft und des korporatistischen Systems wird in Ansätzen erwähnt.

5 FAZIT: GEPLANTE STRATEGIEN FÜR EINE „SANFTE MODERNISIERUNG“

Strategieorientierte Planungen werden nötig, um sich im zunehmenden Wettbewerb als Stadtregion zu positionieren (vgl. O. Frey 2005: 176). Sie sollen Orientierungsrahmen für das Handeln der AkteurInnen aus dem politisch-administrativen System, aus der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft sein. Sie verknüpfen daher zumeist Modernisierungsvisionen mit konkreten Handlungsprogrammen, versuchen durch die Einbindung einer Vielzahl von städtischen AkteurInnen und Institutionen die Legitimität der geplanten Strategien zu erhöhen, und geben Anhaltspunkte, wie mit gesellschaftlichen Widersprüchen umgegangen werden soll. Weiterhin sollen sie ein positives und engagiertes Klima im Hinblick auf die Bewältigung von gegenwärtigen und zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen schaffen. Dabei entscheidet die Qualität des Entwicklungs-, Umsetzungs- und Adaptionsprozesses sowie die historisch gewachsenen politischen Strukturen und Kulturen über die Akzeptanz der Strategien, über den Grad der Identifikation mit diesen sowie über ihre Rolle als „Kommunikationsinstrument“.

Anhand der Analyse der Entstehung und der Diskursstrategien des Strategieplanes 2004 wurde deutlich gemacht, dass strategieorientierte Planung in Wien diesen Anforderungen gerecht werden will.

Die Entwicklung beider Strategiepläne ist vor allem im Zusammenhang mit dem Bestreben der Modernisierung der Verwaltung zu sehen. Sowohl die ersten Überlegungen zur Verwaltungsmodernisierung als auch die ersten Vorarbeiten zum Strategieplan 2000 erfolgten beinahe zeitgleich Ende der 1990er Jahre. Die für die Verwaltungsmodernisierung so kennzeichnende „Management-Rhetorik“ dominiert die inhaltliche Ausrichtung der Strategiefelder. Damit verbundene mögliche inhaltliche Widersprüche, z.B. zwischen der Ökonomisierung des Verwaltungshandelns und der Demokratieentwicklung, oder zwischen Nachhaltigkeit und Verwaltungsmodernisierung werden wiederum nicht erwähnt. Für die Wiener Strategiepläne gilt:

„Implizit oder explizit verknüpft mit ‚Verwaltungsmodernisierung‘, dominiert in diesen Plänen und Programmen ein Leitbild oder Zielsystem, das mit Begriffen oder Topoi wie ‚innovation, Synergie, nachhaltige Entwicklung‘ be- oder umschrieben werden kann. Es geht dabei weniger um unmittelbare ‚Problemlösungen‘ oder neue sektorale Ziele, sondern um Erhaltung und weiteren Ausbau der urbanen und regionalen Gesamtqualitäten“ (G. Pirhofer 2005: 17).

Seine Funktion als Kommunikations- und Steuerungsinstrument erfüllt besonders der Strategieplan 2004 jedoch nur bedingt. Der neue Strategieplan ist eher ein Beispiel für eine lineare, geplante Strategieentwicklung, in welcher wenig Raum für offene Prozesse zur Verfügung gestellt wurde, die quasi „ungeplante“ Strategien erzeugen hätte können (und offene Prozesse sowie ungeplante Strategien sind wesentliche Bestandteile strategieorientierter Planung). Dies zeigt sich einerseits am Entstehungsprozess des Strategieplanes, der eher ein primär verwaltungsinterner, top-down-gesteuerter Prozess war. Das kollektive Lernen, das noch im ersten Strategieplan eine wichtige Rolle gespielt hat, blieb weitgehend ausgeblendet und dadurch wurde auch der im ersten Strategieplan angelegte Versuch der Etablierung konsistenter Handlungsmuster konterkariert. Andererseits zeigt sich das auch an der Art und Weise wie gesellschaftliche Widersprüche angesprochen werden. Falls diese überhaupt erwähnt werden, wird dann nicht thematisiert, wie mit diesen Widersprüchen und den unterschiedlichen Anforderungen, die heutzutage an die Planung herangetragen werden, umgegangen werden soll. Das Verschweigen von problematischen, möglicherweise konflikthafter Themen dient der Herstellung eines stadtweiten Konsenses, der die relevanten städtischen AkteurInnen sowie Institutionen in die zukünftige Entwicklung der Stadt einbinden soll. In einigen strategischen Feldern werden zwar Vorbehalte benannt (z.B. bezüglich der „Daseinsvorsorge“), allerdings werden diese dann nicht ausgetragen. Diese Diskursstrategie entspricht ganz der Tradition der Konfliktvermeidung und der Kooptierung von widerständigen AkteurInnen, die bezeichnend für die Wiener politische Kultur sind.

Auch im Hinblick auf die Frage der Modernisierung des Staates (und damit hinsichtlich der Etablierung von Governance-Strukturen) zeigt sich in den Texten der Einfluss der tradierten Strukturen und Kulturen. Damit die strategischen Ziele erreicht werden können, setzt der lokale Staat weiterhin auf bewährte Regulierungen und auf die Signalwirkung der strategischen Projekte. Im Gegensatz zu anderen Formen der Urban Governance in Europa (z.B. in Großbritannien) bleibt die zentrale Steuerungsinstanz der lokale Staat, auch wenn es gleichzeitig Hinweise auf das Zulassen von Formen des Governance (z.B. die Bildung von Netzwerken und Kooperationen) gibt. Das Vertrauen in die Qualität der Prozesse und der Ergebnisse von Governance-Formen (etwa im Zusammenhang mit Partizipation) scheint seitens der Politik und Verwaltung gering zu sein. Berücksichtigt man weiterhin die Konzentration auf das Thema der Verwaltungsmodernisierung so ergibt sich für Wien ein governance-Typ, der eher nicht als kollaborativ und partizipativ bezeichnet werden kann (was auch als techno-korporatistische Governance-Form interpretiert wird; vgl. P. Healey 1997.)

Letztlich zeigt sich in den vorgeschlagenen Strategien der Modernisierung ein für Wien typisches Bild, nicht zuletzt auch in Bezug auf den Übergang vom „Government“ zum „Governance“. Die herausgearbeiteten Strategien sollen den Weg einer „sanften“ Modernisierung ermöglichen. „Sanft“ verweist dabei auf die „konservativen“ bzw. bewahrenden Aspekte einer sozialdemokratischen Modernisierungsstrategie, die die Notwendigkeit einer Modernisierung anerkennt, allerdings auf den Erhalt von „urbanen“ Qualität und der Steuerungskraft eines am Gemeinwohl orientierten „Government“ baut. Diese konsequent durchgezogene „Sowohl-Als-Auch-Strategie“ birgt die Gefahr, dass im Endeffekt kein klares städtisches Profil erkennbar wird. Dies ist aber geradezu eine Voraussetzung, um im europäischen Städtewettbewerb, der Differenzierungen belohnt, reüssieren zu können. Letztendlich ist durch unklare strategische Positionierungen der Steuerungsgewinn des Planes in Frage zu stellen. Allerdings ist gerade die Verknüpfung zwischen Elementen des Government und des Governance, zwischen eher liberal ausgerichteten und gemeinwohlorientierten Strategien ein Weg, der im Vergleich zu Entwicklungsstrategien anderer europäischer Städte erfolgreich sein kann. Das für die Stadt Wien typische Profil besteht dann genau in der Verknüpfung unterschiedlicher Strategien und Regelsysteme.

6 LITERATUR

- Altrock, Uwe (2004): Anzeichen für eine „Renaissance“ der strategischen Planung? In: Altrock et al. (2004): 221-238.
- Altrock, Uwe/Güntner, Simon/Huning, Sandra/Deike, Peters (Hrsg.) (2004): Perspektiven der Planungstheorie. Berlin.
- Antalovsky, Eugen/Dangschat, Jens S./Parkinson, Michael (eds.) (2005): European Metropolitan Governance. Cities in Europe – Europe in the Cities. Wien: Europaforum.
- Bartik, Herbert/Wolffhardt, Alexander (2005): Cities and Services of General Interest – a Case Study in Deliberative European Governance. In: Antalovsky et al. (2005): 33-48.
- Benz, Arthur (Hrsg.) (2004): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Boyer, Robert/Hollingsworth, Rogers J. (Hrsg.) (1998): Contemporary Capitalism. The Embeddedness of Institutions. Cambridge: Cambridge University Press.
- Breitfuss, Andrea/Dangschat, Jens. S./Frey, Oliver/Hamedinger, Alexander (2004): Städtestrategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Wien: Arbeiterkammer Wien.
- Campbell, Scott/Fainstein, Susan (eds.) (1996): Readings in Planning Theory. Malden/Oxford: Blackwell Publishers.
- Fairclough, Norman (2001): Globaler Kapitalismus und kritisches Diskursbewußtsein. In: Keller et al. (2001): 335-352.
- Faludi, Andreas/Salet, Willem (eds.) (2000): The Revival of Strategic Spatial Planning. Amsterdam.
- Fassmann, Heinz: Eurometropolen – Gemeinsamkeiten und Unterschiede. In: Geographische Rundschau 10, 1999, 518-522.
- Fassmann, Heinz/Stacher, I. (Hrsg.) (2002): Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Klagenfurt: Drava Verlag.
- Frey, Otto/Keller, Donald A./Klotz, Arnold/Koch, Michael/Selle, Klaus (2005): Zusammenfassung der Ergebnisse. In: Klotz/Frey (2005): 163-182.
- Giffinger, Rudolf/Wimmer, Hannes (2002): Kleinräumige Segregation und Integration. In: Fassmann/Stacher (2002): 78-86.
- Grunow, Dieter/Wollmann, Hellmut (Hrsg.) (1998): Lokale Verwaltungsreform in Aktion: Fortschritte und Fallstricke. Basel/Boston/Berlin: Birkhäuser.
- Hamedinger, Alexander: Governance: „neue“ Technik des Regierens und die Herstellung von Sicherheit in Städten. In: *dérive*, Heft 24, 2006: 11-15.
- Healey, Patsy (1997): Collaborative Planning. Shaping Places in Fragmented Societies. Houndmills/London: MacMillan Press Ltd.
- Healey, Patsy/Khakee, Abdul/Motte, Alain/Needham, Barrie (eds.) (1997): Making Strategic Spatial Plans. London: UCL Press.
- Heinelt, Hubert/Mayer, Margit (Hrsg.) (1997): Modernisierung der Kommunalpolitik. Opladen: Leske+Budrich.
- Jäger, Siegfried (2001): Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Keller et al. (2001): 81-112.
- Jessop, Bob (2000): Governance Failure. In: Stoker (2000): 11-32.
- Keller, Reiner (2004): Diskursforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Keller, Reiner/ Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.) (2001): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Opladen: Leske+Budrich.

- Klotz, Arnold (2005): Der Strategieplan für Wien – ein Beispiel für die Rückkehr der großen Pläne? In: Klotz/Frey (2005): 82-92.
- Klotz, Arnold/Frey, Otto (Hrsg.) (2005): Verständigungsversuche zum Wandel der Stadtplanung. Wien/New York: Springer.
- MA 18 (Magistrat der Stadt Wien) (2000): Strategieplan für Wien. Qualität verpflichtet – Innovationen für Wien. Wien.
- MA 18 (Magistrat der Stadt Wien) (2004): Strategieplanwien im erweiterten Europa. Wien.
- Magistrat der Stadt Wien (2005): Stadtentwicklungsplan 2005. Wien.
- March, James G./Olsen, Johan P. (1989): Rediscovering Institutions. New York: The Free Press.
- Mayerhofer, Peter (2002): Zweiter Bericht zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Wiens. Wien: WIFO.
- Pierre, Jon (ed.) (2001): Debating Governance. Oxford: Oxford University Press.
- Pirhofer, Gottfried (2005): Strategische Planung in europäischen Städten. In: Klotz/Frey (2005): 10-36.
- Stoker, Gerry (ed.) (2000): The New Politics of British Local Governance. Houndmills/London: Macmillan Press Ltd.
- Schwab-Trapp, Michael (2001): Diskurs als soziologisches Konzept. Bausteine für eine soziologisch orientierte Diskursanalyse. In: Keller et al. (2001): 261-284.
- Voigt, Rüdiger (Hrsg.) (2005): Der kooperative Staat. Baden-Baden: Nomos.